

Dokumentation

„Fairer Handel – Handels- und Agrarpolitik gerecht gestalten“

Fachpodium des Forum Fairer Handel im Rahmen des

Global Forum for Food and Agriculture

am 21. Januar 2011, im ICC Berlin

Podiumsteilnehmer:

Leonard Mizzi (Abteilungsleiter in der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Europäischen Kommission),

Hans Herren (Direktor des Millennium Institute, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des Weltnahrungsrats),

Dyborn C. Chibonga (Hauptgeschäftsführer der National Smallholder Farmers' Association of Malawi - NASFAM),

Armin Paasch (Referent für Welthandel und Ernährung beim Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR)

Moderation:

Antje Edler (Kordinatorin für Grundsatz und Politik beim Forum Fairer Handel)

Dokumentation:

Antje Edler und **Katharina Drees**, Forum Fairer Handel

Inhalt

Einleitung	3
Agrarpolitik und Welternährung	4
Handel mit Agrargütern und das Recht auf Nahrung	8
Unterstützung für bäuerliche Landwirtschaft	11
Fragen aus dem Publikum	16
Abschlussrunde	17

Die Veranstaltung wurde im Rahmen des Projektes **ECOFAIR TRADE DIALOGUE** (www.ecofair-trade.org) finanziell durch die Europäische Kommission/ EuropeAid Program unterstützt.

Einleitung:

Antje Edler, Koordinatorin des Forum Fairer Handel und Moderatorin der Veranstaltung, erläutert den Hintergrund der Veranstaltung: Das Netzwerk des Fairen Handels in Deutschland möchte mit dieser Podiumsdiskussion einen Beitrag zur Diskussion über die Reform der europäischen Agrarpolitik leisten. Das Oberthema des *Global Forum for Food and Agriculture* - nämlich die Frage, inwiefern der Handel mit Agrargütern einen Beitrag zur Ernährungssicherheit leisten kann - soll dabei aufgegriffen werden. Denn der Faire Handel verfügt über 40 Jahre konkrete praktische Erfahrungen dazu. Er leistet einen Beitrag zu ländlicher Entwicklung und Ernährungssicherheit – durch langfristige Lieferbeziehungen, faire Preise und Entwicklungsprämien, Möglichkeiten der Vorfinanzierung, Beratung, Begleitung und Unterstützung der Selbstorganisation von Produzentinnen und Produzenten.

Es gibt viele Beispiele von Produzentenorganisationen, denen es mit dem Fairen Handel gelungen ist, ihr wirtschaftliches Potential zu entwickeln und ihre Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen.¹ Ihnen ist es gelungen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen für sich, ihre Familien und manchmal für ganze Dorfgemeinschaften zu verbessern. Wie wirkt Fairer Handel konkret? Häufig ist zu beobachten, dass die Produzenten ihre Anbautechniken verbessern und damit sowohl Quantität als auch Qualität ihrer Produktion steigern können. Sie investieren in die Weiterverarbeitung ihrer Produkte und haben an der Wertschöpfung einen größeren Anteil. Dadurch sind sie auch in der Lage, besser lokale und regionale Märkte zu bedienen und zu nutzen. Vor allem zeigt sich vielfach ein gesteigertes Selbstvertrauen der Produzenten, und die Stärkung ihrer Organisationen führt dazu, dass sie ihre eigenen Interessen besser in die Politik einbringen können.

Derzeit zeigt sich ein weltweiter Boom des Fairen Handels. Es können immer mehr fair gehandelte Produkte verkauft werden. Aktuell profitieren 1,6 Mio. Menschen vom Fairen Handel. Neben dem Verkauf fair gehandelter Produkte setzt sich die Fair-Handels-Bewegung aber auch für eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen für Landwirtschaft und Welthandel insgesamt ein. Angesichts einer Milliarde Hungernder weltweit muss die Politik Ernährungssicherung in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen rücken!

Das Paradox des weltweiten Hungers: Es sind gerade die Menschen auf dem Lande, die hungern. Die Hälfte der Hungernden sind Kleinbauern, weitere 20% sind landlose Landarbeiter und 10% Klein-Fischer und -Viehzüchter. Im Rahmen des Podiums soll unter Berücksichtigung der Erfahrungen des Fairen Handels diskutiert werden, was sich in der Landwirtschafts- und Handelspolitik ändern muss, damit Kleinproduzenten in die Lage versetzt werden, von ihrer Arbeit zu leben und einen Beitrag zu Ernährungssicherheit zu leisten. Dazu wurden namhafte Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Fairem Handel eingeladen.

Die Diskussion wird in drei Themenblöcke erfolgen: Agrarpolitik – Handel mit Agrargütern – Förderung von kleinbäuerlicher Landwirtschaft.

¹ S. hierzu auch das Hintergrundpapier des Forum Fairer Handel (Hrsg.): „Der Beitrag des Fairen Handels zu ländlicher Entwicklung“, Dezember 2010.

➤ Agrarpolitik und Welternährung

Die Reform der europäischen Agrarpolitik steht aktuell an. Die Europäische Kommission hat Empfehlungen hierzu präsentiert, die zurzeit vielfach diskutiert werden. Im Herbst werden konkrete gesetzgeberische Vorschläge der Europäischen Kommission erwartet. Als ein wichtiges Ziel der europäischen Landwirtschaftspolitik wird Ernährungssicherheit benannt.

Mr. Mizzi, um wessen Ernährungssicherheit geht es dabei? Inwiefern leistet die europäische Agrarpolitik einen Beitrag, den weltweiten Hunger zu überwinden?

Leonard Mizzi: Ernährungssicherheit steht aktuell hoch auf der politischen Agenda. Im Rahmen der G20 treffen sich im Juni die Landwirtschaftsminister, um darüber zu diskutieren. Im Fokus stehen dabei die hohe Preisvolatilität, wie sie in den letzten Jahren auf den Lebensmittelmärkten zu beobachten war, und Global Governance in Fragen der Ernährungssicherheit.

Die Europäische Kommission hat Empfehlungen zur Neugestaltung der Agrarpolitik veröffentlicht und wird nun bis zum Sommer Verbesserungsvorschläge einarbeiten. Was in der vorangegangenen Konsultation und auch auf einer europäischen Konferenz im vergangenen Jahr deutlich geworden ist, ist die Notwendigkeit einer europäischen Agrarpolitik. Auch wird weiterhin eine Politik benötigt, die auf Ernährungssicherheit abzielt. Natürlich bedeutet das im europäischen Kontext etwas anderes als weltweit.

Notwendig ist eine Agrarpolitik, die auf zwei Säulen beruht: auf Direktzahlungen, die sich in den vergangenen Jahren schon stark weiterentwickelt haben, und die zukünftig stärker von der Produktion entkoppelt werden sollen, und auf Investitionen in die ländliche Entwicklung.

Vor allem soll die europäische Landwirtschaft in Zukunft hoch qualitative Lebensmittel für die europäischen Konsumenten bereitstellen. Aber die EU ist auch ein wichtiger Akteur auf den Weltagrarmärkten. Sie ist ein wichtiger Importeur, der wichtigste für viele Entwicklungsländer, und ein wichtiger Exporteur von verarbeiteten Lebensmitteln. Konsumenten, Steuerzahler und Hersteller erwarten, dass dies weiter fortgesetzt wird.

Aber die europäische Agrarpolitik steht vor sich verändernden Rahmenbedingungen und Herausforderungen: Klimawandel, Wasserknappheit und weltweite Ernährungssicherheit. Darauf hat die EU bereits vor Jahren reagiert und zwei Berichte zu Politikkohärenz für Entwicklung veröffentlicht, ein weiterer ist in Arbeit. Damit soll sichergestellt werden, dass die Landwirtschaftspolitik kohärent mit Entwicklungs- und Handelspolitik ist und keine negativen Auswirkungen auf Entwicklungsländer hat. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass bis 2013 im Rahmen der WTO-Runde die Agrarexportsubventionen abgeschafft werden sollen.

Mr. Chibonga, inwiefern berührt europäische Agrarpolitik Kleinbauern in Malawi? Was wünschen Sie sich von der Reform der europäischen Agrarpolitik?

Dyborn Chibonga: Besonders wichtig ist, dass die WTO-Verhandlungen fortgesetzt werden. Wir sehen, dass die Doha-Verhandlungen fest stecken. Notwendig sind neue Impulse!

Zwar werden landwirtschaftliche Rohstoffe in die Europäische Union exportiert, aber wir als Kleinbauern möchten stärker an der Wertschöpfung teil haben. Wir wollen auch weiterverarbeitete Produkte in die EU verkaufen. Das sollte nicht wie bisher durch die europäische Politik behindert werden.

Herr Herren: Welche Empfehlungen hat der Weltagrarrat an die Politik formuliert, um weltweit Hunger zu bekämpfen? Wie müsste die europäische Agrarpolitik aussehen, um die weltweiten Herausforderungen der Landwirtschaft zu meistern? Was möchten Sie gerne Mr. Mizzi mitgeben für die Reform der europäischen Agrarpolitik?

Hans Herren: Ein Weiter-so-wie-bisher in der Landwirtschaft ist keine Option. Wir stehen vor der Situation, dass eine Milliarde Menschen in der Welt hungern und dass immer mehr Menschen unter Arbeitslosigkeit leiden. Landwirtschaft muss wieder wichtigster Wirtschaftssektor werden. Einfach das Landwirtschaftsmodell der entwickelten Welt auf Entwicklungsländer zu übertragen, ist in Hinblick auf den hohen Energieverbrauch der industrialisierten Landwirtschaft keine Lösung. Steigende Energiekosten und die Herausforderungen durch den Klimawandel müssen bedacht werden.

Die europäische Landwirtschaft verursacht beträchtliche Probleme in Hinblick auf den Klimawandel. Die Frage ist, wie die europäische Agrarpolitik einen Beitrag dazu leisten kann, die Landwirtschaft klimaneutral zu gestalten. Und das nicht nur in Bezug auf die EU, sondern weltweit, denn die hohen Futtermittelimporte sind in diesem Sinne nicht nachhaltig. Der Klimawandel bringt neue Pflanzenkrankheiten hervor. Wir brauchen Saatgut, das mit höheren Temperaturen auskommt. Sind wir darauf vorbereitet? Landwirtschaft muss Teil der Lösung und nicht Teil des Problems Klimawandel werden.

Bei der Frage, welche Landwirtschaft wir wollen, muss auch der Gesundheits- und Qualitätsaspekt bedacht werden. Wir müssen darüber nachdenken, was für Lebensmittel wir wollen: Industrieliebmittel oder gesunde, qualitativ hochwertige Nahrungsmittel. Welchen Beitrag leistet hierbei die europäische Politik?

Die europäische Landwirtschaft, mit hohen Subventionen gestützt, muss nicht immer mehr produzieren, um den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Schon heute produziert die Landwirtschaft 4.600 Kilokalorien/Person. Das ist ausreichend, um 12 Mrd. Menschen zu ernähren. Wir brauchen nicht mehr Lebensmittel, sondern eine höhere Qualität, mehr Lebensmittel dort, wo die Hungernden leben, und bessere Einkommensmöglichkeiten für die Armen.

Agrarforschung muss Lösungen bieten für gesunde Lebensmittel, nachhaltige Produktion und die Herausforderungen des Klimawandels. Mehr Investitionen in die Landwirtschaft sind nötig, vor allem öffentliche Mittel. Dies darf nicht dem privaten Sektor überlassen werden. Mehr als 70% des Saatgutes gehört bereits wenigen großen Unternehmen. Landwirtschaftliche Produktion ist die Basis für Ernährungssouveränität, deshalb sollte die europäische Politik darauf Einfluss nehmen.

Zu bedenken ist überdies die Multifunktionalität der Landwirtschaft: Sie erbringt öffentliche Dienstleistungen wie sauberes Wasser, reine Luft, eine schöne Landschaft. Dafür sollten Bauern auch entschädigt werden.

Insgesamt müssen wir Landwirtschaft neu denken!

Herr Paasch, welche Auswirkungen hat Ihrer Meinung nach die europäische Agrarpolitik auf die Menschen im Süden? Werden die Reformvorschläge der europäischen Kommission der globalen Verantwortung der EU gerecht? Wie sollten die Reformen aussehen, um dem Menschenrecht auf Nahrung gerecht zu werden

Armin Paasch: Ernährungssicherheit scheint auf dem ersten Blick die Hauptpriorität in der Empfehlung der europäischen Kommission zu sein. Problematisch ist aber, dass dies insbesondere durch eine höhere Produktion in Europa und größere Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Lebensmittelindustrie auf internationalen Märkten erreicht werden soll. Ehrlicherweise wird dann auch auf die Chancen für die europäischen Agrarexporteure verwiesen.

In den letzten Jahrzehnten haben sich viele Entwicklungsländer von Nettoexporteuren zu Nettoimporteuren von Agrarprodukten entwickelt. Die EU hat zunehmend Lebensmittel exportiert - mit negativen Konsequenzen für den Süden: Kleinbauern wurden von lokalen Märkten verdrängt, die Landwirtschaft wurde zunehmend unrentabel, und viele Regierungen in Entwicklungsländern aber auch die Entwicklungszusammenarbeit haben deshalb die Förderung dieses Sektors für nicht sinnvoll erachtet. Die Strategie war, Ernährungssicherheit durch Lebensmittelimporte zu erreichen.

Die Folge ist eine hohe Importabhängigkeit vieler Entwicklungsländer, was bei allgemein eher steigenden Weltmarktpreisen und einer zunehmenden Preisvolatilität auf den Agrarmärkten negative Auswirkungen hat. Aktuell stehen wir erneut vor massiven Problemen, z. B. in Tunesien, Algerien, Sudan und Mosambik. Es droht erneut wie bereits 2007/08 eine Hungerkrise. Aber was hat die Welt in den letzten drei Jahren gelernt?

Die europäische Politik sollte nicht mit einer exportorientierten Agrarpolitik weitermachen wie bisher, sondern stattdessen Ernährungssouveränität in Entwicklungsländern ermöglichen! Dafür muss alles unterlassen werden, was dies konterkariert, insbesondere Billigexporte bzw. Exporte unterhalb der Erzeugungskosten. Exporte von Milchpulver, Schweinefleisch, Geflügel, Mehl, aber auch von verarbeiteten Produkten wie Tomatenpaste, Gebäck, Suppentüten behindern den Aufbau von eigener landwirtschaftlicher Produktion im Süden.

Aktuell sind nicht so sehr Exportsubventionen das Problem, sondern die Herstellungskosten. Sie werden in der EU zu Gunsten der Lebensmittelexporteure gedrückt. Der Dumpingeffekt ist auch bei Abschaffung der Exportsubventionen noch da, wenn auch versteckt. Nichtsdestotrotz müssen sofort die Exportsubventionen abgeschafft werden. Auf eine Lösung innerhalb der WTO darf nicht gewartet werden. Das Menschenrecht auf Nahrung ist keine Verhandlungssache, die EU muss auch unilateral alles unterlassen, was dieses unterminiert.

Positiv an den Empfehlungen der europäischen Kommission sind die ökologischen Kriterien für und die geplante Deckelung von Direktzahlungen sowie deren Kopplung an den Einsatz von Arbeitskräften. Das wird dazu beitragen, Überschüsse zum Teil abzubauen. Aber wir brauchen auch neue Instrumente der Mengensteuerung. Die ersatzlose Streichung der Zucker- und Milchquoten sind problematisch. Flexible Mengenregulierung würde zu fairen Bedingungen für die europäischen Bauern führen und verhindern, dass billig exportiert werden muss.

Ein weiteres Problem sind die enormen Sojaimporte der EU für die Futtermittelproduktion. Dafür werden in Lateinamerika Flächen in der Größenordnung der Anbaufläche Frankreichs für die europäische Fleischproduktion gebraucht. Dies ist kein Beitrag zur Sicherung der Welternährung.

Mr. Mizzi, Neudenken von Agrarpolitik - Spiegelt sich das in den Empfehlungen der Europäischen Kommission wieder? Wer soll die Welt ernähren? Geht es um Exportförderung oder ist es sinnvoller, dass bei der Umsetzung des Rechts auf Nahrung Kleinbauern vor Ort unterstützt werden?

L. Mizzi: Es gab drei Optionen bei der GAP-Reform: kleine Veränderungen bei den Instrumenten – stärkere Einbeziehung von Herausforderungen wie Klimawandel und Risikomanagement – komplett neues System. Der Konsultationsprozess zeigte, dass an letzterer Option kein Interesse besteht.

Die Frage ist, ob die landwirtschaftlichen Exporte so stark steigen sollten. Die EU ist ein wichtiger Akteur auf den Weltmärkten. Wir sind für kleinbäuerliche Landwirtschaft in Malawi, Äthiopien usw. Wir können das mit EZ-Instrumenten unterstützen. Unsere Landwirtschaftspolitik muss kohärent zur Entwicklungspolitik sein. Aber die eigentlichen Lösungen für die Kleinbauern in Afrika, Asien und Lateinamerika müssen vor Ort gesucht werden.

Viele glauben, dass Handel an sich schlecht sei. Der Doha-Prozess ist notwendig, und es gibt ein Window of Opportunity in den nächsten Monaten, die WTO-Verhandlungen abzuschließen. Wir brauchen diese multinationalen Regeln für den Handel. Die EU hat Signale gegeben in Fragen wie bevorzugter Marktzugang und heimische Stützung. Es gibt kein entwickeltes Land, das so weit gegangen ist wie die EU z. B. beim Marktzugang im Rahmen von „Everything but Arms“ oder EPAs.

Andere entwickelte Länder müssen aber auch zu Zugeständnissen bereit sein. Agrarexportsubventionen sollen nur multilateral abgeschafft werden. Einseitige Zugeständnisse nur durch die EU würden die Probleme von Kleinbauern in Malawi nicht lösen. Dafür bedarf es eines multilateralen Rahmens.

Klimawandel, Gesundheitsfragen und Multifunktionalität der Landwirtschaft sind keine Ansatzpunkte, die tatsächlich von Entwicklungsländern bei den Verhandlungen eingebracht werden. Die stärkere Beteiligung von afrikanischen Kleinbauern an der Wertschöpfung braucht Zeit. Handel ist nicht das einzige Instrument, aber Teil der Lösung.

Mr. Chibonga, Malawi ist einen sehr eigenen Weg gegangen: Es ist unabhängig von Lebensmittelimporten, und produziert wird die Nahrung hauptsächlich von Kleinbauern. Wie ist das gelungen?

D. Chibonga: Weltbank und IWF haben in den 70er und 80er Jahren mit ihren Strukturanpassungsprogrammen dafür gesorgt, dass in den Entwicklungsländern Investitionen in die Landwirtschaft gestoppt und Unterstützung für Kleinbauern zurückgefahren wurden. Die Folge war, dass viele afrikanische Länder sich nicht mehr selbst ernähren konnten. Als der malawische Präsident 2004 an die Macht kam, entschied er, dass Landwirtschaft wichtig ist. 60-80% der Menschen in Afrika hängen von der Landwirtschaft ab. Daher machte er den Entwicklungspartnern gegenüber deutlich, dass Unterstützung für Kleinbauern notwendig sei. Die Partner haben ihn mit Verweis auf Marktverzerrung sitzen lassen.

Der Präsident beschloss, mit eigenen öffentlichen Mitteln zu investieren. Kleinbauern bekamen Düngemittel zur Verfügung. Die Politik war erfolgreich; die Entwicklungspartner sind zurückgekommen. Auch die EU unterstützt Malawi nun in ihrer Politik. Die Kleinproduzenten werden mit verbessertem Saatgut (Hybridsamen) versorgt und werden bei der Lagerhaltung unterstützt. Malawi kann inzwischen sogar Mais, Gemüse und Erdnüsse exportieren. Als nächstes stehen Investitionen in die Regenwassernutzung an, denn das Ausbleiben von Regen könnte alles Erreichte wieder zerstören. Mit Bewässerungssystemen wird es hingegen möglich sein, nicht nur eine, sondern zwei bis drei Ernten pro Jahr einzufahren.

➤ Handel mit Agrargütern und das Recht auf Nahrung

Herr Herren, welche Rolle spielt der Welthandel bei der Umsetzung des Rechts auf Nahrung?

H. Herren: Gerade angesichts des Klimawandels und damit wetterbedingter Ernteauffälle brauchen wir eine Vorratshaltung und den Handel mit Nahrungsmitteln. Aber in erster Linie sollte jedes Land soweit möglich seine eigenen Lebensmittel selbst herstellen.

Die kritische Haltung des Weltagrarberichts zum Welthandel hat neben den ökologischen Aspekten dazu geführt, dass die USA und Australien den Bericht nicht unterschrieben haben. Es hieß, der Weltagrarrat solle Handelsfragen der WTO überlassen. Aber Landwirtschaft kann nicht ohne Handel diskutiert werden.

Länder müssen ihre Landwirtschaft schützen dürfen. Die EU macht das, Japan macht es, warum nicht Afrika? Wir müssen Bauern helfen, besser zu produzieren. Wir müssen in Agrarforschung investieren, insbesondere in grüne Landwirtschaft. Ich meine damit keine neue Grüne Revolution, die zu vielen bekannten Problemen geführt hat. Ich meine eine „agroecological revolution“, eine Landwirtschaft, die mit weniger chemischen Düngemitteln auskommt und somit angesichts steigender Ölpreise auch wettbewerbsfähiger ist.

Produktion – Handel – Konsum sind Aspekte von Landwirtschaft, die zusammengehören. Landwirtschaft ist auch mit sozialen und kulturellen Aspekte verbunden. Wir sollten Menschen nicht zwingen etwas zu essen, was sie nicht wollen. Wir sollten lokale Besonderheiten und Vorlieben nicht mit Billigangeboten kaputt machen. Wir brauchen Vielfalt von Getreide und Saatgut. Agrarhandel und Nahrungsmittelhilfe sind bei Krieg, Flutkatastrophen etc. notwendig. Aber die Mehrzahl der Länder sollte weitgehend die Lebensmittel selbst herstellen, die die Bevölkerung braucht und essen will.

Milchpulverexporte sind ein Beispiel, wie lokale Märkte im Süden für heimische Bauer kaputt gemacht wurden, z. B. in Kenia. Es muss sichergestellt werden, dass so etwas nicht wieder passiert! Europäische Handelspolitik darf Kleinproduzenten im Süden nicht negativ betreffen.

Herr Paasch, können sich Entwicklungsländer wirklich schützen vor Lebensmittelexporte? Wie schaut es in der Realität aus?

A. Paasch: International haben wir sehr unterschiedliche Ausgangslagen für die Landwirtschaft. Auf der einen Seite haben wir eine hoch industrialisierte Landwirtschaft in der EU, USA, Australien, die zum Teil hoch subventioniert ist. Auf der anderen Seite gibt es in Entwicklungsländern viele Kleinbauern, die wenig Zugang zu produktiven Mitteln und Technologien haben und wenig Unterstützung durch den Staat erfahren. In dieser Situation auf Freihandel zu pochen, ist ein Rezept für den Hunger.

Die WTO sieht prinzipiell eine Sonder- und Vorzugsbehandlung für Entwicklungsländer vor. Dies gilt vor allem für die multilateralen Regeln. Bei bilateralen Abkommen wird aber Gegenseitigkeit verlangt. Zurzeit verhandelt die EU verstärkt bilaterale Abkommen mit u.a. Südafrika, Kolumbien, Indien, Mittelamerika und Südostasien und fordert dort diese Reziprozität ein, d.h. massiven Zollabbau auch auf agrarische Produkte. Selbst auf sensible Produkte sollen Zölle nicht weiter angehoben werden dürfen, obwohl die WTO dies durchaus erlauben würde. Dieser Marktöffnungszwang wird zu massiven Verletzungen des Rechts auf Nahrung führen. In der Elfenbeinküste wird es nicht mehr möglich sein, die Zölle auf Schweinefleisch anzuheben. Das Gleiche gilt für die Zölle für Geflügel und Tomatenpaste in Ghana, obwohl die Märkte aktuell durch Billigimporte überschwemmt werden. In Indien und Kolumbien fürchtet man steigende Milchimporte.

Auch in anderen Bereichen gehen die bilateralen Abkommen weit über WTO-Regeln hinaus: Europäische Unternehmen sollen gleichen Zugang zu öffentlichen Aufträgen erhalten, auch im Ernährungs- und Landwirtschaftsbereich. Investitionen und Dienstleistung sollen liberalisiert werden. Das würde bedeuten, dass europäische Supermarktketten Niederlassungsfreiheit erhalten und Kleinhändler wahrscheinlich verdrängen würden. Geistige Eigentumsrechte sollen verschärft werden, was den Austausch von Saatgut behindern würden. Das sind Entwicklungen, die zu Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung führen können. Deshalb fordern Misereor und der UN-Sonderberichterstatteur, Olivier de Schutter, eine menschenrechtliche Folgenabschätzung für alle Handelsabkommen. Auch das Recht auf Arbeit und auf Gesundheit sind bedroht.

Die neue Kommunikation der EU-Kommission zur neuen Handelsstrategie spricht eine deutliche Sprache. Darin heißt es: Wir brauchen faire Regeln für unsere Unternehmen. Aber was wir wirklich brauchen ist ein Paradigmenwechsel in der Handelspolitik, sonst werden alle Investitionen in die ländliche Entwicklung magere Früchte tragen.

Der Verweis der EU auf die WTO-Verhandlungen ist nicht ehrlich. Mit den bilateralen Abkommen schafft die EU Fakten, die auch mit besseren multilateralen Regeln im Rahmen der WTO nicht aufgefangen werden können.

Herr Mizzi, Sie sprachen die Politikkohärenz an. Es stellt sich die Frage, unter welchen Vorzeichen Politikkohärenz stattfindet. Ist die Förderung des Welthandels ein Zweck an sich? Erkennt die EU Ernährungssicherheit als ein Handelsinteressen übergeordnetes Ziel an? Findet sich das konkret in Verhandlungsmandaten wieder? Welche Rolle spielt das Recht auf Nahrung für Sie?

L. Mizzi: Die EU unterstützt das Recht auf Nahrung auf der Ebene freiwilliger Leitlinien. Es ist ein nationaler Ansatz und wir haben Erfolgsstorys in einzelnen Ländern, z. B. in Malawi, Südafrika, Ghana. Die Priorisierung des Rechts auf Nahrung und Investitionen in Landwirtschaft zeigen Früchte. Warum das nicht auf kontinentale / regionale Ebene heben? Das müssen wir versuchen. Was heißt das aber im Zusammenhang mit Handelspolitik? Man muss immer auch die Produktionsbedingungen bedenken. Was in Brasilien möglich ist, muss nicht unbedingt in Afrika funktionieren.

Policy Space: Die EU hat Malawi als LDC nicht gezwungen, die Märkte zu öffnen. Um Gegenseitigkeit zu erreichen, was das eigentliche Ziel der EPAs ist, muss man aber über die reine Gütermarktöffnung hinausgehen. Ja, wir wollen 80% Zollabbau, das betrifft nicht den Agrarsektor. Wir geben EZ-Mittel und bieten uneingeschränkten Marktzugang. Natürlich wollen wir keine steigenden Zölle gegen die EU. Und wenn ein Entwicklungsland einem anderen Land z. B. Indien bevorzugten Marktzugang gewährt, dann ist es fair, wenn dies auch der EU zugestanden wird. Was die geistigen Eigentumsrechte betrifft: Wir wollen, dass Investitionen fließen, und sie deshalb absichern. Wir wollen auch Umwelt- und Sozialstandards und Wettbewerbsaspekte ansprechen. Darauf legen die EU-Mitgliedsstaaten und das Europäische Parlament großen Wert, und auf deren Mitwirkung sind wir als Europäische Kommission angewiesen.

Was sind die Kosten, kein Handelsabkommen zu haben? Bilateralismus soll nicht Multilateralismus ersetzen. Die Doha-Runde sollte abgeschlossen werden. Aber auch Entwicklungsländer sollten über reinen Marktzugang hinaus auch über Nachhaltigkeitsaspekte nachdenken.

Herr Chibonga, Sie sitzen in einer Arbeitsgruppe der malawischen Regierung zu den EPA- und WTO-Verhandlungen. Was erwarten Sie von der Doha-Runde? Was bedeutet das für Kleinproduzenten?

D. Chibonga: Die EU befördert im Süden industrialisierte Großfarmen, die billige Rohprodukte exportieren und damit der europäischen Lebensmittelindustrie zur Verfügung stellen können. Die Wertschöpfung erfolgt zum großen Teil in der EU.

Der typische malawische Kleinproduzent hat aber nur zwei Hektar Land. Wir unterstützen die Kleinproduzenten dabei, Landwirtschaft als ein Geschäft zu begreifen. Wir ermutigen sie, die Wertschöpfung ihrer Produktion zu steigern. Die Herausforderung beim Handel mit der EU ist, dass wenn man nicht gerade Rohprodukte verkaufen möchte, man auf hohe Handelsbeschränkungen stößt. Wenn man Kaffee, Zucker und Tee im Rahmen von „Everything but Arms“ als Rohprodukt exportiert, hat man freien Marktzugang in die EU. Aber wenn man Kaffee weiterverarbeiten möchte, dann unterliegt man hohen Zöllen.

Ein weiteres Problem bei den EPAs sind die Klauseln zur öffentlichen Beschaffung. Die Industrien in Entwicklungsländern stecken vielfach noch in den Kinderschuhen. Sie sind gegenüber europäischen Mitbewerbern noch nicht wettbewerbsfähig und benötigen natürlich Schutz durch die Regierung. Eine völlige Öffnung des Beschaffungswesens ist nicht sinnvoll, einfach weil die Ausgangsbasis der Akteure so unterschiedlich ist.

Weil die DOHA-Runde gescheitert ist, gibt es verstärkte Bemühungen, EPAs abzuschließen. Viele Länder, die ein (Interim-)EPA mit der EU nicht unterzeichnet haben, haben dadurch wirtschaftliche Nachteile erfahren. Malawi hat nicht unterzeichnet, einfach weil die Bedingungen für die Wirtschaftsakteure in Malawi und der EU so unterschiedlich sind und gleiche Regeln für alle nicht sinnvoll sind. Die malawische Zivilgesellschaft konnte keine Vorteile für die Kleinbauern erkennen und hat daher der malawischen Regierung geraten, das EPA nicht zu unterzeichnen. Von der Unterzeichnung hätten vielleicht einige wenige Zuckerexporteure profitiert, aber nicht die Vielzahl der Kleinbauern.

Andere Länder, die ein (Interim-) EPA unterschrieben haben, wie z. B. Kenia, haben festgestellt, dass die Vorteile, die sie sich davon versprochen haben, nicht eingetreten sind. Viele wünschten sich, sie hätten die EPAs nicht unterschrieben, weil sie als Land nicht davon profitieren konnten.

➤ Unterstützung für bäuerliche Landwirtschaft

Herr Herren, Sie haben darauf hingewiesen, dass mehr Agrarforschung nötig sei. Wie sollte Agrarforschung aussehen und wie kann Agrarforschung ländliche Entwicklung befördern?

H. Herren: Ich möchte gerne nochmals auf den Weltagrarbericht zurückkommen, weil ich wünsche, er würde stärker Beachtung finden auf europäischer Ebene. Ich vermisse Verweise auf die Erkenntnisse des Weltagrarberichts in den Papieren der europäischen Politik.

Der Bericht beschäftigt sich insbesondere mit agrarwissenschaftlichem Wissen, Forschung und Technologie. Er stellt die Frage, wie wir Landwirtschaft fit machen angesichts der aktuellen Herausforderungen. Nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch hier, denn wir haben alle die gleichen Probleme: die Frage nach Nachhaltigkeit.

Wenn die Landwirtschaft im Süden wettbewerbsfähig werden soll, muss die größte Herausforderung angegangen werden: Bodenfruchtbarkeit. Bauern haben in den vergangenen Jahren wenig auf ihr

wichtigstes Produktionsmittel, den Boden, acht geben können. Ihre Möglichkeiten diesbezüglich waren aufgrund niedriger Rohstoffpreise, mangelnder staatlicher Unterstützung und wenig Investitionen in die Agrarforschung begrenzt. Agrarforschung sollte sich wieder auf das wesentliche konzentrieren: Ackerbaukunde.

Saatgut ist wichtig, ja. Aber es ist erwiesen, dass mit vielfältigem, lokal angepasstem Saatgut genauso viel produziert werden kann wie mit Hochleistungszüchtungen. Voraussetzung ist, dass der Boden in Ordnung ist. Ausländische Entwicklungsgelder investieren oft in Agrarzüchtung. Aber wenn der Boden nicht mehr taugt, dann ist es egal, welche Pflanze angebaut wird. Auch gentechnisch verändertes Saatgut hilft dann nicht mehr. Es ist dringend notwendig, die Bodenqualität mehr in den Fokus zu nehmen. In Afrika ist zum Teil der Boden völlig erschöpft, er enthält so gut wie keine organischen Nährstoffe mehr. Deshalb wird Regenwald niedergebrannt, weil frisches, nährstoffreiches Ackerland gebraucht wird.

In den entwickelten Ländern haben wir das Problem, dass der Boden ausgewaschen ist. Auch hier ist die Bodenqualität nicht mehr so wie früher. Es ist Zeit, in die Forschung für eine nachhaltige Landwirtschaft zu investieren. Wir haben 50 Jahre Forschung verloren, die wir in die industrialisierte, auf externe Düngemittel angewiesene Landwirtschaft gesteckt haben. Wir brauchen jetzt eine komplett andere Forschungsagenda. Im Süden muss auch in die Erforschung adäquaten Saatguts gesteckt werden. Es kann nicht alles vom Norden auf den Süden übertragen werden, wir brauchen lokal angepasste Forschung. Die Bauern müssen stärker in der Forschung einbezogen werden. Auf der einen Seite haben wir die Bauern mit ihrem reichen traditionellen Erfahrungsschatz, auf der anderen Seite die Forschung. Wir müssen sie zusammenbringen, damit sie gemeinsam Lösungen für eine nachhaltige Landwirtschaft entwickeln.

Die Agrarforschung muss nicht nur ökologische sondern auch soziale Aspekte stärker in den Blick nehmen. Auch Genderaspekte sind wichtig, 75% der afrikanischen Bauern sind Frauen. Wir müssen über den Energieverbrauch und über Möglichkeiten, Arbeit und Einkommen für die Menschen auf dem Land zu schaffen, nachdenken. Megatraktoren sind dabei keine Lösung.

Wir wollen keine Grüne Revolution, sondern eine ökologische. Wir brauchen eine Landwirtschaft, die die Umwelt nicht belastet, Jobs schafft, gesunde Lebensmittel bereit stellt und gesellschaftlichen Mehrwert schafft. Europa muss das Thema Multifunktionalität weiterhin pushen, auf politischer Ebene, aber auch in der Agrarforschung. Das gilt international aber auch für die EU selbst. Auch hier müssen die öffentlichen Investitionen in die Agrarforschung gestärkt werden. Das darf auch in Europa nicht dem privaten Sektor überlassen werden.

L. Mizzi: Ich möchte auf die Frage der Multifunktionalität kurz eingehen und die Ausführung von Herrn Herren unterstützen. Wir haben auf UN-Ebene fünf Stunden über die Unterstützung für die Multifunktionalität der Landwirtschaft verhandelt. Die EU stand mit ihrer Meinung ziemlich alleine da.

Auch möchte ich kurz auf die Frage der Agrarforschung reagieren. Natürlich ist es ein Problem mangelnder finanzieller Ressourcen. Aber was noch nicht angesprochen wurde: Wir benötigen auch

Systeme, um das Wissen über wissenschaftliche Innovationen an die Bauern weiterzugeben. Beratung und Schulung in nachhaltigen Anbaumethoden sind wichtig. Wir bemühen uns um einen Konsens zum Beispiel mit der Afrikanischen Union, worauf wir unsere Prioritäten in der Agrarforschung legen, und dann müssen wir uns auch um die Vermittlung der Forschungsergebnisse kümmern. Nur sechs Länder in Subsahara-Afrika haben tatsächlich gemäß der Maputo-Erklärung 10% ihrer Staatsausgabe in ländliche Entwicklung investiert. Nur wenn wir uns gemeinsam auf Schwerpunkte konzentrieren und tatsächlich auch in die Umsetzung und die Wissensvermittlung einsteigen, können wir Erfolge wie z. B. in Malawi auf die regionale Ebene übertragen.

Herr Chibonga, was brauchen Kleinproduzenten? Wie können sie unterstützt werden?

D. Chibonga: Ich möchte Herrn Herren widersprechen: Wir brauchen eine Grüne Revolution in Afrika. In Afrika werden 4 kg Stickstoff pro Hektar eingebracht. In Europa sind es 300 kg, in Asien sogar 500 kg. Wenn wir in Afrika den Düngemiteleinsatz verdoppeln, können wir damit die Erträge mindestens verdoppeln. Ob Afrika sich selbst ernähren kann, hängt davon ab, ob wir das vorhandene Wissen anwenden und unsere Anbauweise verändern können.

Die konventionellen Technologien sind da. Aber wenn man mit den USA oder mit europäischen Gebern über die Verbesserung von Technologien spricht, dann denken die immer gleich an GMOs. Aber Kleinbauern sollten zunächst einmal in die Lage versetzt werden, bestehende bessere konventionelle Anbaumethode anzuwenden. Gerade weil es keine Beratungssysteme und Unterstützung für Kleinproduzenten gibt, sind sie nicht in der Lage, mehr zu produzieren.

Wir sollten auch über soziale Aspekte sprechen: Die jungen Leute wollen nicht in der Landwirtschaft arbeiten, weil es absolut harte Arbeit ist. Sie gehen zur Schule und wollen dann in der Stadt arbeiten. Aber dort gibt es keine Jobs. Wir müssen das Leben auf dem Lande wieder attraktiver machen für die jungen Leute. Und da spielen neue Technologien eine wichtige Rolle.

Schließlich möchte ich eine Lanze brechen für Fairen Handel. Viele Fair-Handels-Organisationen setzen sich für Good Governance im Handel ein. Der Faire Handel eröffnet Produzenten den Zugang zum Markt und eine direkte Verbindung zu den Konsumenten. Die Produzenten werden in die Lage versetzt, für diesen Markt zu produzieren. Sie erhalten Preisaufschläge für ihre Produkte, was sie in die Lage versetzt, soziale Projekt zu verwirklichen.

Ich habe im letzten europäischen Agrobarameter gelesen, dass 47-49 % der Konsumenten sich vom Handel mit Afrika eine größere Produktvielfalt und billige Lebensmittelpreise versprechen. Aber immerhin 40 % der Konsumenten sind bereit, mehr für fair gehandelte Produkte zu bezahlen.

Herr Mizzi, denken Sie im Rahmen der EU-Agrarreform darüber nach, die Fair-Handels-Bewegung zukünftig stärker zu unterstützen?

In Europa wird die Landwirtschaft unterstützt und nicht dem freien Spiel der Marktwirtschaft überlassen. Herr Mizzi, inwiefern promoten Sie auch im Gespräch mit Entwicklungsländern die Idee, in Landwirtschaft zu investieren und bäuerliche Landwirtschaft zu unterstützen?

L. Mizzi: Vor zwei Jahren gab es bereits eine Kommunikation der EU-Kommission zu Fairem Handel. Diese wird sicherlich berücksichtigt werden bei der nun anstehenden Kommunikation zu Handel und Entwicklung, an der zur Zeit die Generaldirektion Handel arbeitet. Ich bin in der Generaldirektion Landwirtschaft verantwortlich für Fairen Handel. Wenn Sie konkrete Vorschläge haben, wie wir den Fairen Handel besser in die Kommunikation zu Handel und Entwicklung einbringen können, lassen Sie es mich wissen. Fairer Handel ist wichtig, aber es ist eine Nische im Agrargeschäft. Aber warum sollten wir nicht gemeinsam Wege suchen, um die Erfolge des Fairen Handels zu verbreitern, zum Beispiel mit Entwicklungsgeldern?

Die EU möchte als Geldgeber und im Rahmen der G20-Gespräche im Sommer gegenüber den Entwicklungsländern ein Zeichen setzen: Wir treten dafür ein, dass Investitionen in Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und ländliche Entwicklung hohe Priorität in den nationalen Agenden haben. In den letzten Jahren ist das wichtiger geworden. Aber noch nicht so sehr, wie wir es uns wünschen. Die Finanzkrise hatte gewissen Einfluss, obwohl die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer weniger stark waren als auf die industrialisierten. Aber Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und ländliche Entwicklung müssen auch bei der Gebergemeinschaft höhere Priorität haben. Dafür ist es wichtig, dass nicht nur Landwirtschaftsminister sich dafür einsetzen, sondern auch Finanz-, Entwicklungs- und Umweltminister, bis hin zu den Premierminister. Wir brauchen einen ganzheitlichen Ansatz, um bis 2015 den Hunger zu verringern. Das ist unser Appell. Das Thema wird beim Gipfel im Sommer hoch auf der Agenda stehen.

Den Anteil fair gehandelter Produkte zu steigern, ist sicherlich eine Herausforderung. Wir sind auf dem Weg aus der Nische heraus und wollen auf jeden Fall den Fairen Handel weiter ausweiten. Es ist sicherlich auch eine politische Frage, wie wir das gemeinsam angehen können.

Herr Paasch, es ist eine eher nationale Debatte in Deutschland. Aber Misereor ist in den letzten Wochen vorgeworfen worden, dass sie eine historische Landwirtschaft bewahren wollen und nicht wirklich zur Armutsbekämpfung beitragen, wenn weiterhin auf kleinbäuerliche Landwirtschaft gesetzt wird. Wieso unterstützt Misereor kleinbäuerliche Landwirtschaft im Süden?

A. Paasch: Es ist richtig, dass in den vergangenen Wochen einige Politiker aus den Regierungsfraktionen Misereor vorgeworfen haben, ähnlich wie der IAASTD-Bericht, Museumslandwirtschaft zu befördern, weil wir kleinbäuerliche Landwirtschaft unterstützen. Wir tun das nicht, weil wir das romantisch oder idyllisch finden. 80 % der Hungernden sind Kleinbauern, Landarbeiter, kleine Viehzüchter, Nomaden u.a. Gleichzeitig sind es gerade diese kleinen Nahrungsmittelproduzenten, die einen Großteil der Nahrung auf der Welt herstellen. Wir sind der Meinung, Hungerbekämpfung muss bei den Hungernden ansetzen. Kleinbäuerliche Landwirtschaft ist daher der Schlüssel für die Welternährung. Damit stehen wir nicht allein. Das ist weitestgehend

Konsens in der internationalen, entwicklungspolitischen Debatte. FAO, EU oder Weltbank sehen ebenfalls, dass Kleinbauern eine zentrale Rolle für die Welternährung spielen sollten.

Die Frage ist aber, wie Kleinbauern am besten unterstützt werden können. Unser Ansatz: Die Rechte der Kleinbauern auf Ressourcen (Land, Wasser, Saatgut) müssen gestärkt werden, damit sie autonom und unabhängig von Konzernen und Großgrundbesitzern produzieren können. Wir brauchen Landreformen.

Öffentliche Dienstleistungen für die Landwirtschaft wurden mit den Strukturanpassungsprogrammen abgebaut. Da bedarf es einer Rückbesinnung und massive öffentliche Investitionen z. B. in Lagerung, Transport und Beratung. Wir wünschen uns auch deutlichere Zeichen der EU, dass es ihr nicht nur um die Durchsetzung von Rechten für Investoren geht, sondern dass sie grundsätzlich öffentliche Investitionen in Landwirtschaft für notwendig erachtet.

Es ist wichtig, dass öffentliche Investitionen in Agrarforschung stärker an den Bedürfnissen kleinbäuerlicher Landwirtschaft orientiert werden. Die Forschung muss viel partizipativer werden und sich nicht nur nach den Interessen von Großunternehmen richten. Wir halten Gentechnik für keine Lösung, sondern haben in vielen Ländern z. B. in Indien und Südafrika gesehen, dass sie Kleinbauern in die Verschuldung getrieben hat. Sehr positive Erfahrungen haben wir aber mit ökologischer Landwirtschaft gemacht, z. B. in Uganda oder auf den Philippinen. Das ist keinesfalls eine rückständige Landwirtschaft, sondern hat in den letzten Jahren stark von Innovationen profitiert. Hier müsste aber noch mehr investiert werden.

Natürlich brauchen wir Produktionssteigerungen, aber nicht auf Kosten der Umwelt. Und es darf auch die Kleinbauern nicht in Abhängigkeit führen. Kosten müssen vielmehr reduziert werden, damit die Einkommen der Kleinbauern steigen. Bauern brauchen auch Zugang zu Märkten. Wir wollen nicht, dass die Kleinbauern in der Subsistenzwirtschaft verharren. Sie sollen viel stärker lokale, regionale, städtische Märkte bedienen. Da gibt es ganz viel Potential. Hierfür sind aber auch andere internationale Rahmenbedingungen notwendig, für die sich die EU als größter Agrarexporteur und -importeur stark machen sollte.

Natürlich ist Good Governance in den Entwicklungsländern wichtig, Regierungen müssen mehr im Sinne der eigenen Bauern agieren. Aber dies Argument darf nicht missbraucht werden dafür, dass wir uns aus unserer Verantwortung ziehen. Das ist auch eine menschenrechtliche Verantwortung, die nicht nur auf nationaler Ebene eine Rolle spielen sollte sondern auch im Rahmen von internationalen Verhandlungen.

Fragen aus dem Publikum:

Herbert Ströbele, Fachhochschule Weihenstephan, weist auf den Widerspruch zwischen den Aussagen von Herrn Chibonga und Herr Herren in Bezug auf die Grüne Revolution hin. Er ist der Meinung, dass Afrika zunächst eine Art Grüne Revolution brauche. Die verarmten Böden könnten nur mit Düngemitteln wieder aufbereitet werden.

Ziel muss aus seiner Sicht sein, die afrikanische Landwirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen. Dabei sei vor allem wichtig, Forschung zu betreiben, die den Bauern nützt. Die Bauern müssen mit Informationen versorgt werden. Es sei in den vergangenen Jahrzehnten versäumt worden, eine vernünftige berufliche Bildung für Kleinbauern in Afrika zu etablieren. Das sei der wichtigste Ansatz.

Aus seiner Sicht ist der Stickstoffeinsatz wichtig, um die Intensivierung kleinbäuerlicher Landwirtschaft voranzutreiben. Er ist der Meinung, dass dies weniger Energie verbraucht, als hervorbringt.

In Hinblick auf steigende Energiepreise weist Herr Ströbele darauf hin, dass es notwendig sei, Afrika mit regenerativen Energiequellen zu versorgen, um zu verhindern, dass der steigende Energiebedarf und damit steigende Energiepreise zu höheren Nahrungsmittelpreisen führt.

Sabine Ohm, PROVIEH, freie Journalistin VDAJ, richtet sich an Herrn Mizzi. Ein Beispiel für ein Land, das erfolgreich seinen Markt geschützt hat und seinen Agrarsektor wettbewerbsfähig gemacht hat, sei die EU. Herr Mizzi habe in einer anderen Veranstaltung gesagt, dass sei in den 60er Jahren gewesen und nicht im 21. Jahrhundert. Frau Ohm weist darauf hin, dass die Voraussetzungen und die Lebensumstände vieler Menschen in Afrika auch nicht dem 21. Jahrhundert entsprächen.

Sie fragt Herrn Mizzi, warum er mit dem Finger auf andere Global Player wie Australien oder die USA zeigt. Warum übernimmt die EU nicht Verantwortung und Führerschaft und schließt asymmetrische Handelsabkommen ab? Die EU könnte die Zollsätze einfach akzeptieren, die die Entwicklungsländer für notwendig erachten, damit sie ihre Märkte und ihre Wirtschaft entwickeln können. Was würde das für die EU bedeuten? Wer würde verlieren? Wahrscheinlich wäre das vor allem das große Agrobusiness, die großen multinationalen Unternehmen. Die Europäische Kommission sollte sich von dem Lobbydruck dieser Gruppen frei machen.

Jürgen Bielmann, GIZ und BMZ-Berater in Welthandelsfragen, findet den IAASTD-Bericht sehr überzeugend und wundert sich, dass er in Deutschland so wenig Beachtung findet. Vielleicht könne man nicht alles darin unterschreiben. Aber er sollte zumindest stärker auf politischer Ebene diskutiert werden.

Er wendet sich gegen ein allgemeines WTO-Bashing. Dass die Instrumente zur Produktionssteigerung in der EU heruntergefahren wurden, sei nicht zuletzt auf die Uruguay-Runde zurück zu führen. Nun macht die europäische Kommission einen neuen Schritt in Richtung einer verantwortungsvolleren, vielleicht grüneren Landwirtschaft. Das sei ein Schritt vorwärts, wenn vielleicht auch noch nicht der ganz große Wurf. Aber es sei zu befürchtet, dass unsere Regierungen diesen Weg nicht unterstützen wird. Nichtsdestotrotz wäre die Reform der Agrarpolitik aber vielleicht auch eine Chancen für den Abschluss der Doha-Runde?

Abschlussrunde unter Einbeziehung der Fragen aus dem Publikum

Herr Herren, Sie haben noch eine Reihe von Nachfragen zur Grünen Revolution zu beantworten...

H. Herren: Ich habe nicht über organischen Dünger gesprochen. Wir können in diesem Bereich viel machen. Das hat nichts mit der Grünen Revolution zu tun, die auf Düngemittel setzt, die nicht nachhaltig sind. Die Grüne Revolution kann zwar mehr Lebensmittel produzieren, das Problem ist aber, was diese kosten und ob ihre Herstellung nachhaltig ist. Die Preise für Kunstdünger werden steigen, und deshalb sollten wir uns nicht zu sehr davon abhängig machen. Wir sollten nicht alte Fehler wieder holen.

Manche Böden brauchen Kalziumphosphat oder Stickstoff. Letzteres können wir aber besser einbringen mit adäquaten Anbaumethoden. Man kann den Maisertrag verzehnfachen, wenn man Leguminosen zwischen den Mais pflanzt. Man weiß das seit 10 oder 15 Jahren. Aber es wird nicht von Geldgebern unterstützt oder promotet, weil es keine Idee von Monsanto oder Syngenta ist und als solche vermarktet wird. Wir können mit den richtigen Anbaumethoden erreichen, dass der Boden mit jedem Zyklus besser wird und nicht schlechter, ohne dass wir uns abhängig machen von immer teurer werdendem Stickstoff.

Wir brauchen Veränderung und Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft. Wir wollen von niedriger zu hoher Produktivität kommen, aber in einer nachhaltigen Landwirtschaft. Dafür brauchen wir Unterstützung und Forschung insbesondere in Hinblick auf die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit.

Genmanipulierte Organismen: Wir stellen zunehmende Resistenzen bei Unkraut fest. In Argentinien gibt es massive Gesundheitsprobleme. Das sollen wir in Afrika als Lösung promoten? Welche Schäden verursachen wir damit? Wir sollten in dieser Frage die Lobbykraft von Monsanto und Co. zurückdrängen.

Wir müssen in der Landwirtschaft Risiken einschränken. Deshalb müssen wir die Umwelt schützen. Die Green Revolution bedeutet Monokultur. Monokultur ist aber risikoanfällig. Wir wollen Mischkulturen!

Bitte lesen Sie den Weltagrarbericht! Die Zusammenfassung umfasst nur zehn Seiten, das schaffen auch Brüsseler Entscheidungsträger.

D. Chibonga: Ich stimme Herrn Herren zu, wir brauchen Produktionssteigerungen. Wir brauchen Dünger, soviel wie möglich organischen Dünger, aber auch in Maßen künstlichen Dünger. Als NASFAM bemühen wir uns um ökologische Anbauweisen, soweit das möglich ist. Wir müssen weg von Brandrodung und hin zu nachhaltigen Agroforstsysteme, denn nur so sind wir in der Lage, auf Dauer fruchtbare Böden zu bewahren. Wir unterstützen grüne Anbaumethoden, z. B. den Anbau von Leguminosen und Schattenbäumen. Mit ökologischen Anbauweisen ist es möglich, den Düngemittelbedarf innerhalb von drei Jahren zu halbieren.

Das alles kann aber nur erreicht werden mit Fairem Handel. Fairer Handel unterstützt die Kleinbauern, ermöglicht ihnen einen größeren Anteil an der Wertschöpfung, verbessert die Governance der Organisationen und stellt eine direkte Beziehung zwischen Verbrauchern und Bauern her. Unterstützen Sie Fairen Handel, denn Fairer Handel ist „Good business“.

Herr Mizzi, an Sie ging eine Frage nach den Erfolgsaussichten des WTO-Prozesses in Bezug zu der geplanten GAP-Reform. Und vielleicht möchten Sie auch uns noch etwas mit auf den Weg geben: Wo wünschen Sie sich unsere Unterstützung?

L. Mizzi: Es gibt keinen großen politischen Enthusiasmus für eine umfassende GAP-Reform. Aber wir werden Dinge ändern z. B. beim Risikomanagement, bei der Einkommensunterstützung, beim Greening der Direktzahlungen und auch beim Abbau der Exportsubventionen. Letzteres aber nur im multilateralen Rahmen.

Die EU ist ein Hauptakteur im Welthandel, kann aber auch nicht alleine wirksam agieren. Wenn die EU sich unilateral zurückzieht, steigen die Nahrungsmittelpreise an. Die EU hat kein Problem mit Asymmetrie und policy space für Entwicklungsländer. Malawi unterzeichnet das Interim-EP nicht, weil es Everything but arms und damit Marktzugang zur EU hat. Aber die Länder, die ein hohes Schutzniveau für ihre Agrarmärkte aufrechterhalten, werden den Preis dafür bezahlen müssen. Länder mit hohen Handelsschranken entwickeln in der Regel keinen leistungsfähigen landwirtschaftlichen Sektor. Im Falle der EU waren die Kosten für die Abschottung Butterberge und ähnliches. Unilaterale Maßnahmen werden das Hungerproblem nicht lösen. Wir brauchen multilaterale Lösungen.

Die afrikanischen Länder müssen mehr untereinander handeln. Das müssen sie zunächst selbst forcieren. Die EU unterstützt Prozesse der regionalen Integration. Steigende Zollschränken, Exportstopps etc. führen nicht zu mehr Ernährungssicherheit auf der Welt. Wir müssen konkrete Lösungen finden, die die USA, Brasilien, Argentinien und andere mittragen. Das ist schwierig. Wir sind stets interessiert an konkreten Vorschlägen.

Armin Paasch: Misereor ist auch nicht der Meinung, dass die Märkte komplett dicht gemacht werden sollen. Aber Entwicklungsländer müssen Spielräume gewährt werden, ob je nach Bedarf Zölle angehoben werden sollen oder nicht. Es gibt Länder, die mit Zollschutz ihre wirtschaftlichen Sektoren entwickelt haben. Kenia hat nach Senkung der Zölle große Probleme bekommen durch massive Milchpulverimporte. Nachdem die Zölle wieder angehoben wurden, hat sich der Milchsektor wieder erholt. Ähnliches passierte in Indien. Ein vergleichbarer Fall ist Indonesien. Dort wurde zunächst der Markt für Reisimporte geöffnet. Aufgrund großer Probleme im eigenen Reissektor, wurden die Zölle wieder angehoben. Im Vergleich mit den Philippinen hat Indonesien die Hungerkrise wesentlich besser überstanden. Es ist einfach ein Mythos, dass Zölle per se schlecht sind und die Wettbewerbsfähigkeit einschränken.

Ich habe auch kein allgemeines WTO-Bashing betrieben. Vielmehr habe ich darauf hingewiesen, dass die bilateralen Abkommen wesentlich schlimmer sind. Aber auch daran ist die WTO nicht ganz unschuldig, da von bilateralen Abkommen gefordert wird, dass sie reziprok also gegenseitig sind. Darauf verweist die EU bei den Verhandlungen zu bilateralen Handelsabkommen.

Auch ich sehe positive Entwicklungen beim Umbau der Subventionen. Die Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktionsmenge finden wir positiv. Aber vielfach handelte es sich in den letzten Jahren eher um eine Umschichtung als um einen echten Abbau von Agrarsubventionen. Auch wenn die Exportsubventionen heruntergefahren werden, bleiben indirekte Subventionen der Exporte bestehen. Das wird auch durch die WTO nicht verhindert.

Die Europäische Kommission hat gute Vorschläge zur GAP-Reform gemacht: das Greening der Direktzahlungen, die Obergrenzen für Großbetriebe, sehr gute Ansätze bei den ökologischen und sozialen Komponenten in der Landwirtschaft. Ich wünsche Ihnen, Herrn Mizzi, Rückgrat gegenüber Lobbyisten aber auch gegenüber der deutschen Regierung.

Der Dioxinskandal gibt Ihnen Rückenwind. Morgen wird es eine große Demonstration in Berlin geben, wo die Menschen deutlich machen werden, dass sie eine andere europäische Agrarpolitik wollen. Nehmen Sie sie als Rückenwind. Und wenn Sie die Agrarexportsubventionen unabhängig von der WTO beseitigen und die Ernährungssicherungs- und Entwicklungskomponente noch in die Reformvorschläge der EU aufnehmen, werden Sie auch von den entwicklungspolitischen NGOs Unterstützung erhalten.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit sparen wir am Schlusswort. An dieser Stelle nur noch eine kurze Nennung einiger wichtiger Stichpunkte aus der Diskussion:

- **Agrarpolitik neu denken!**
- **Verstärkt in kleinbäuerliche Landwirtschaft vertrauen!**
- **In Agrarforschung investieren und an den Bedürfnissen der Bauern ausrichten!**
- **Das Leben auf dem Lande attraktiver machen!**
- **Handelspolitik gerechter gestalten!**